

Bild der Woche



Für ihren konsequenten und zielstrebigem Einsatz, Energie einzusparen und klimaschädliche CO₂-Emissionen bis 2015 um mindestens 25 Prozent zu senken, hat die Klima AG im Kirchenkreis Oderland-Spree den 1. Preis beim Ökumenischen Umweltpreis 2014 gewonnen. Den zweiten und dritten Preis erhielten eine Initiative des Malteser-Familienzentrums Manna in Berlin und das Repair Café im Berliner Paul-Gerhardt-Stift. Unser Bild zeigt die Preisträger mit Pröpstin Friederike von Kirchbach (links) und Archimandrit Emmanuël Sfiatkos von der Griechisch-Orthodoxen Kirche in Berlin. Kirchbach und Sfiatkos sind Vorstandsmitglieder des Ökumenischen Rats Berlin Brandenburg (ÖRBB), der den Preis alljährlich ausrichtet.

Foto: ÖRBB/Philipp

Meldungen

Brandanschlag auf koptische Kirche in Berlin – Polizei sucht nach den Tätern

Berlin/epd ▶ Nach einem Brandanschlag auf eine koptische Kirche in Berlin sucht die Polizei weiter nach den Tätern. Bisher habe sich noch keine konkrete Spur ergeben, sagte ein Polizeisprecher dem epd in Berlin. Es werde unter Einbeziehung des Polizeilichen Staatsschutzes weiterhin in alle Richtungen wegen besonders schwerer Brandstiftung ermittelt. Bei dem Feuer an der Koptisch-Orthodoxen Kirche in Berlin-Lichtenberg war in der Nacht zum Samstag eine Seitentür aus Holz beschädigt worden. Ein in dem Gotteshaus übernachtender 27-jähriger Mann aus Ägypten blieb unverletzt. ■

Obdachlosenhilfe kritisiert Abkehr vom Sozialstaat

Bremen/epd ▶ Deutschland ist nach Einschätzung der Evangelischen Obdachlosenhilfe auf dem Weg vom Sozial- zum Privatstaat. „Wir erleben weitreichende Veränderungen“, kritisierte der stellvertretende Verbandsvorsitzende Stefan Gillich Ende September auf dem Bundeskongress der Organisation in Bremen. Vom klassischen Sozialstaat mit dem Anspruch, allen Bürgern gleiche Startvoraussetzungen zu schaffen, entwickle sich Deutschland zu einem Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaat. Jede neue oder wiedereröffnete Kleiderkammer sei ein Schritt auf diesem Weg, mahnte Gillich. ■

Bunter Bildungskanon für alle

Um Evangelische Schulen als öffentliches Interesse ging es beim 6. Bundeskongress Evangelische Schule in Stuttgart. 300 Expertinnen und Experten aus Bildung, Kirche und Politik diskutierten über aktuelle Fragen der Schulgestaltung etwa Öffentlichkeitsanspruch, Inklusion oder innovative Bildungskonzepte. Einer der Experten war Professor Henning Schluß. Er plädierte dafür, dass Bildung öffentlich sein müsse. Das sei aber nicht gleichbedeutend mit „staatlich“. Ein Streiflicht von der Tagung.

Von Henning Schluß

▶ Nachdem der 5. Bundeskongress im Berliner Französischen Dom stattfand, hatten die baden-württembergischen Veranstalter sich das Haus der Wirtschaft in Stuttgart als Tagungsort für den 6. Bundeskongress ausgewählt. Ob es ein Kontrast war, dass sein Thema dieses Mal um den Öffentlichkeitsanspruch evangelischer Schulen kreiste, oder ob es ganz gut zum Geist des Ortes passte, war eine der Fragen, die die Tagung vom 29. bis 30. September begleiteten.

Dass Schulen in freier Trägerschaft auch in rechtlicher Perspektive als öffentliche Schulen betrachtet werden müssten, machte der Jurist Professor Johann Peter Vogel in seinem Referat deutlich. Während das Grundgesetz das Recht auf Schulen in nichtstaatlicher Trägerschaft ausdrücklich schütze, gebe es keinen entsprechenden Auftrag, dass der Staat als Träger von Schulen auftreten müsse. Wohl aber müsse der Staat die freie Zugänglichkeit der Schulen gewährleisten.

Es wäre zu wünschen, dass die Landesregierungen auf dem Gebiet der EKBO sich mit dieser Rechtsauffassung intensiv beschäftigen würden. Offiziell wird zum Beispiel in Brandenburg noch immer das Prinzip der staatlichen Grundver-

sorgungspflicht vertreten, auch wenn es in der Praxis noch nie erfüllt wurde. Dies sei aus juristischer Perspektive kein Problem, so Vogel, da freie Träger ohne weiteres auch die Grundversorgung übernehmen könnten.

Aus pädagogischer Perspektive konnte ich daran anschließen und zeigen, dass das Prinzip der allgemeinen Zugänglichkeit für Jungen und Mädchen, für Arme und Reiche schon für Luther das Kriterium für eine wirklich christliche Schule war. In seiner Ratsherrenschrift von 1524 begründet er eine Schule, die keinen ausschließt, die einen bunten Bildungskanon und spielerisches Lernen kennt.

Auf die Probleme unseres Schulsystems kann nur eine richtig verstandene Öffentlichkeit der Schule die Antwort sein. Eindrucksvoll führte „Pisa 2000“ vor Augen, welche das sind: dass nämlich etwa 20 Prozent der 15-Jährigen nicht sinnerfassend lesen können, dass der Bildungserfolg in Deutschland so stark wie in kaum einem anderen OECD-Land vom sozialen Hintergrund der Eltern abhängt und dass unser Schulsystem diese Zusammenhänge nicht verringert, sondern verstärkt.

Die evangelische Schule steht hier besonders in der Pflicht, weil



Henning Schluß: „Evangelische Schulen müssen auf ihren Öffentlichkeitsanspruch besonderen Wert legen“ – heraus aus dem privaten Winkel. Foto: epd

ihr rechtlicher Status und die aufgrund staatlicher Mangelfinanzierung vielerorts notwendige Erhebung von Schulgeld dazu verleiten können, sich in den privaten Winkel zurückzuziehen. Jede einzelne evangelische Schule muss sich deshalb fragen, wie sie den Öffentlichkeitsanspruch mit Leben füllt. Dass das gelingen kann, zeigen unter anderem die deutschen Schulpreise, die an evangelische Schulen in der EKBO gegangen sind, die sich den Öffentlichkeitsanspruch auf unterschiedliche Weise zu eigen machen.

In der Podiumsdiskussion wies der Bildungsdezernent der Evangelischen Kirche von Westfalen, Wolfram von Moritz, auf die unterschiedliche Lage in den Bundesländern hin. Durch die 94-prozentige Refinanzierung der freien Träger sei es zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen mit den kirchlichen Zuschüssen nicht nötig, Schulgeld zu erheben.

Viele Migranten bezahlen ihre Flucht mit dem Leben

Genf/epd ▶ Mindestens 40 000 Migranten sind nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration seit 2 000 weltweit bei gefährlichen See- und Landreisen ums Leben gekommen. Die riskantesten Routen verliefen nach Europa, teilte die IOM in Genf mit. Mehr als 22 000 Menschen seien seit 2 000 bei dem Versuch ums Leben gekommen, Europa zu erreichen, die meisten von ihnen im Mittelmeer.

Dass Schulgeld Privatisierungseffekte begünstigt, machte ein Schulleiter aus Baden-Württemberg deutlich. Die Eltern hätten den Eindruck, mit dem Schulgeld einen zusätzlichen Beitrag zu leisten. Dass sie damit lediglich die Grundfinanzierung alimentieren, zu der auch die Lehrerinnen und Lehrer durch geringere Gehälter einen Beitrag leisten, sei ihnen oft nicht klar. Von der Situation in den Niederlanden, wo zwei Drittel der Schulen in freier Trägerschaft sind und zu 100 Prozent finanziert werden, sind jedoch alle Länder in Deutschland noch weit entfernt. ■

Henning Schluß ist Professor am Institut für Bildungsforschung und Bildungstheorie an der Universität Wien. In Deutschland gibt es 1 099 Schulen in evangelischer Trägerschaft. Neben Grundschulen, weiterführenden Schulen oder Förderschulen sind fast die Hälfte berufsspezifische Schulen.

Nach IOM-Angaben starben im Jahr 2014 bereits mehr Menschen im Mittelmeer als in früheren Jahren. Den Angaben zufolge verloren bis September 2014 knapp 3 100 Menschen bei der Passage über das Mittelmeer nach Europa ihr Leben. Die meisten stammten aus afrikanischen Krisenländern wie Somalia und Eritrea, aber auch aus Syrien und den Palästinensergebieten. ■

News-Ticker

+++ Der Leipziger Medienwissenschaftler Michael Haller hält trotz des Rückgangs von Print-Reichweiten den **professionellen Journalismus** für unentbehrlich +++ Zwei Milliarden Menschen leiden nach Angaben von „Brot für die Welt“ unter Mangelernährung +++ Der Wittenberger Pfarrer und Bürgerrechtler **Friedrich Schorlemmer** erhält die Ehrendoktorwürde der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder +++ Zwei Drittel der Deutschen sind einer Umfrage zufolge für die Erlaubnis aktiver **Sterbehilfe** bei unheilbar schwerkranken Menschen +++ In Dittersbach und Olbersdorf im Kreis Görlitz sind zwei Denkmäler zu Ehren der Gefallenen des **Ersten Weltkrieges** geschändet worden +++

Merkel warnt Verleger vor Sparprogrammen

Berlin/epd ▶ Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Presseverleger aufgerufen, auf die Zeitungskrise nicht mit massiven Sparprogrammen in den Redaktionen zu reagieren. Damit setzten die Verlage ihre journalistische Substanz und ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel, sagte Merkel beim Zeitungskongress des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger in Berlin. Notwendig seien vielmehr Investitionen in einen hochwertigen Journalismus. ■

FAS: Kirchen erwarten Rekord-Einnahmen 2014

Frankfurt/am Main/epd ▶ Die Kirchen in Deutschland werden in diesem Jahr einem Zeitungsbericht zufolge so viel Geld einnehmen wie nie zuvor. Nach den Rekordjahren 2012 und 2013 werde das Kirchensteueraufkommen 2014 noch einmal kräftig steigen, voraussichtlich um vier bis fünf Prozent, berichtete die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ (FAS). Die katholische Kirche könne nach den jüngsten Steuerschätzungen der Bundesregierung mit zusätzlichen 250 Millionen Euro rechnen. Die evangelische Kirche erwarte gut 200 Millionen Euro mehr als 2013 und werde erstmals mehr als fünf Milliarden Euro durch die Kirchensteuer einnehmen. Beide Kirchen kommen dem Bericht zufolge nach den Prognosen auf knapp elf Milliarden Euro. Grund für das Plus trotz sinkender Mitgliederzahlen sei die konjunkturelle Entwicklung. ■